

## **Zugang zu Abtreibungen in Europa schützen Ein Aufruf zum Handeln!**

Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der Vereinigten Staaten in Sachen Dobbs vs. Jackson Women's Health Organization kippt Roe v. Wade und nimmt damit das US-Verfassungsrecht auf Abtreibung zurück. Die Entscheidung wird tiefgreifende und verheerende Auswirkungen haben. Als lokale und globale Organisationen, die in Europa für Frauenrechte, Menschenrechte sowie sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte arbeiten, drücken wir unsere tiefe Verbundenheit mit den Millionen Menschen in den Vereinigten Staaten aus, denen das Recht auf grundlegende reproduktive Gesundheitsversorgung als Folge dieser Entscheidung genommen wurde, und mit allen, die dafür gekämpft haben, dieses Recht zu schützen und zu bewahren.

Wir sind tief besorgt über die verheerenden Folgen, die dieses rückschrittliche Urteil für das Leben, die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen in den Vereinigten Staaten haben wird.

Die Auswirkungen werden die Menschen am härtesten treffen, die bereits jetzt mit diskriminierendem und eingeschränktem Zugang zur Gesundheitlichen Versorgung konfrontiert sind, was farbige Menschen, solche, die in ländlichen Gebieten leben, junge Menschen und diejenigen, die ein niedriges Einkommen haben einbezieht.

Quer durch Europa haben Entscheidungsträger zahlreicher Länder ihre Meinung und ihre tiefe Bestürzung und Besorgnis als Reaktion auf dieses Urteil geäußert .

Wir begrüßen deren Solidaritätsbekundungen mit allen, die reproduktionsmedizinische Versorgung in den USA benötigen und begrüßen ihr Engagement, die reproduktiven Rechte zu verteidigen.

Wir fordern sie auf, konkrete Schritte zu unternehmen, dieses Anliegen in die Tat umzusetzen und den Zugang zur Abtreibung im eigenen Land voranzubringen und zu schützen.

Im Jahr 2022 ist die Abtreibung in fast allen europäischen Ländern legal. Allerdings bestehen in den meisten Ländern eine Reihe von schwerwiegenden Barrieren und Einschränkungen beim Zugang zu Abtreibungsbehandlungen weiter.

In vielen Ländern gelten Gesetze und Vorschriften, die:

- Abtreibung kriminalisieren, indem Gesetze Personen, die eine Abtreibung wünschen, medizinische Fachkräfte oder andere, die sie unterstützen mit Strafverfolgung bedrohen
- Pflichtberatungen verlangen, obligatorische Wartezeiten vorschreiben und restriktive Fristen für die Abtreibung setzen

- Einschränkungen machen, wo und von wem Abtreibungen vorgenommen werden dürfen, beispielsweise nur in Verbindung mit einem stationärem Krankenhausaufenthalt oder dass Abtreibungen nur von Ärzten durchgeführt werden dürfen
- die Zulassung der Medikamentösen Abtreibung vollständig verhindern oder eine patientenzentrierte Entscheidungsfindung für die Medikamentöse Abtreibung in der frühen Schwangerschaft nicht zulassen sowie die Legalisierung der Telemedizin für den medikamentösen, selbstbestimmten Schwangerschaftsabbruch ausschließen
- die Prüfung der Gründe für eine Abtreibung durch Dritte zur Bedingung machen, indem eine Genehmigung durch mehrere Ärzte oder medizinische Ausschüsse oder Strafverfolgungsbehörden verlangt wird.

Solche Barrieren und Beschränkungen beruhen auf veralteten medizinischen Praktiken und überkommenen Geschlechterstereotypen und verletzen die Menschenrechte. Sie widersprechen den Empfehlungen der internationalen Menschenrechtskonventionen und deren Mechanismen (hier insbesondere CEDAW, ergänzt durch C.v.R.) sowie den Leitlinien der Weltgesundheitsorganisation (WHO).

Sie dienen keinem anderen Zweck als der Verzögerung des Zugangs zu einer zeitnahen Versorgung, Verstärkung der mit der Abtreibung verbundenen Stigmatisierung und sie verhindern eine patientenorientierte Versorgung, indem die Möglichkeit des medizinischen Fachpersonals, nach internationalen Best Practices zu behandeln, blockiert wird.

Aktuelle Ereignisse in Europa haben die gravierenden Auswirkungen dieser veralteten Anforderungen und Hindernisse ans Licht gebracht.

Die COVID-19-Pandemie hat beispielhaft gezeigt, wie wichtig es ist, die Verpflichtung für medizinisch unnötige Reisen in medizinische Versorgungseinrichtungen oder unnötige, obligatorische Krankenhausaufenthalte zu unterbinden.

Der Krieg in der Ukraine bringt den ernsthaften Schaden ans Licht, der durch strenge Rechtsvorschriften und Barrieren zur Abtreibung verursacht wird. Flüchtende aus der Ukraine, die Zugang zu einer Abtreibung in den Nachbarstaaten suchen, sehen sich einer Reihe von gesetzlichen und politischen Hemmnissen gegenüber, die eine zeitnahe Behandlung massiv behindern oder die Versorgung gänzlich verhindern.

Seit Jahrzehnten war die generelle Zielrichtung europaweit, Gesetze und Richtlinien zu Abtreibung zu verbessern, Beschränkungen aufzuheben und Vorschriften enger an Menschenrechtsstandards und Empfehlungen zur öffentlichen Gesundheit anzupassen.

Gerade in den letzten Monaten haben mehrere europäische Staaten Reformen verabschiedet, um Barrieren zu beseitigen. In mehreren Ländern sind weitere Gesetzesreformen auf den Weg gebracht worden.

Wir begrüßen diese wichtigen Bemühungen der Gesetzgeber!

Tatsächlich halten nur noch sehr wenige europäische Länder - Andorra, Liechtenstein, Malta, Monaco und Polen – höchst restriktive Gesetze aufrecht, die internationale Verpflichtungen zum Einhalten der Menschenrechte und evidenzbasierte Richtlinien zum öffentlichen Gesundheitswesen völlig außer Acht lassen.

Jedoch besteht nach wie vor die Notwendigkeit, Reproduktive Rechte und den Zugang zu Abtreibung überall in Europa zu stärken und zu schützen. In den letzten Jahren haben rückschrittliche Attacken auf die Reproduktiven Rechte in Polen die Öffentlichkeit schockiert und in einigen anderen mittel- und osteuropäischen Ländern wurden neue Zugangsbarrieren zu Abtreibungen von den Gesetzgebern eingeführt.

**Es ist jetzt an der Zeit, von der reinen Unterstützung sexueller und reproduktiver Rechte zur Tat überzugehen.**

**Wir rufen Europäische Entscheidungsträger und Gesetzgeber auf, ihre Anstrengungen zu intensivieren, zu beschleunigen und neue Initiativen zu starten, um die Barrieren zum Zugang und zur Versorgung für Schwangerschaftsabbrüche aufzuheben.**

**Wir fordern die Reform von Gesetzen und Regularien entsprechend der WHO Richtlinien, um**

**° Abtreibungen vollständig zu entkriminalisieren und evidenzbasierte Informationen zur Verfügung zu stellen**

**° Verpflichtende Wartezeiten und verpflichtende zielgerichtete Beratungen vor einer Abtreibung abzuschaffen**

**° Restriktive Fristen zum Zugang zu einer Abtreibung zu revidieren und Genehmigungsbedingungen zum Abbruch durch Prüfung der Gründe durch Dritte abzuschaffen**

**° Vorschriften entsprechend der internationalen Best Practice und der WHO Leitlinien zu ändern, wer Abtreibungen durchführen und begleiten darf und wo die Versorgung zur Abtreibung angeboten werden darf**

**° Einschränkende Vorschriften für den medikamentösen Abbruch abzuschaffen und den telemedizinischen Versand sowie das Selbstmanagement von Medikamenten zum Schwangerschaftsabbruch gemäß der WHO Richtlinien zu legalisieren.**

Unautorisierte, sinngemäße Übersetzung:  
Christiane von Rauch, 31.07.2022